

Babelsberger Konferenz, zu den differenzierenden Auswirkungen auf die Rechtswissenschaftler selbst. In vielem bin ich mit Herrn Eckert einer Meinung. Aber man kann auch diese Situation, in der wir uns damals befunden haben als Rechtswissenschaftler in der DDR, nicht ganz mit heutigen Maßstäben vergleichen. Man muß sie auch an heutigen Maßstäben messen, aber man muß natürlich ebenfalls die Situation begreifen, in der man damals gestanden hat. Und es ist ja gar nicht so einfach gewesen, es bedurfte schon eines gewissen Mutes, nach der Babelsberger Konferenz irgendetwas, wenn auch nur in versteckter Form, in einem Artikel unterzubringen.

Ich hatte hier und da auch manchmal den Versuch gemacht, eine Botschaft zu übermitteln. Das hat nichts mit Widerstand zu tun. Das hat auch nichts mit einer Fundamentalkritik zu tun. Aber es ist doch für mich – und da bleibe ich bei meiner Meinung – damals der Versuch gewesen, daran mitzuwirken, eine DDR zu schaffen, die eine ganz andere ist. Eine DDR, die anknüpft an bestimmte humanistische Werte und diese verwirklicht und für Ziele eintritt, die eben für die Menschen verständlich und vernünftig gewesen wären.

Aus der heutigen Sicht ist es natürlich leicht, so zu tun, Herr Eckert hat das in seinem Referat nicht getan, als sei alles ein Konformismus gewesen. Nein, es gab auch nach der Babelsberger Konferenz Auseinandersetzungen, Richtungskämpfe. Sie waren ihrer wissenschaftlichen und politischen Natur nach aber systemimmanent, nicht systemüberwindend. Vielen Dank. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, Herr Prof. Mollnau. Ich bitte jetzt Herrn Prof. Dr. Soell, das Wort zu nehmen.

**Abg. Prof. Dr. Soell (SPD):** Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich möchte aus der Sicht eines Historikers Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen der Babelsberger Konferenz machen. Um eine Frage von Herrn Eckert aufzugreifen, wie labil bzw. wie stabil war das Außen, das Deutschland und das DDR-interne Umfeld?

Ich resümiere nur ganz kurz die außenpolitischen Rahmenbedingungen, weil sie mir hier allgemein bekannt erscheinen. Die Tatsache, daß die DDR seit Mitte der 50er Jahre zumindest nach außen hin durch den Vertrag vom September 1955 souverän war, daß sie integriert war im Warschauer Pakt, der im Herbst 1955 gegründet worden ist. Auch ihre Streitkräfte sind dort integriert worden. Ich erwähne das auch deshalb, weil angesichts bestimmter militarisierender Aspekte ihrer Ideologie natürlich auch der waffentechnische Fortschritt auf Seiten der Sowjetunion nicht unberücksichtigt bleiben kann.

Seit der Entwicklung der Wasserstoffbombe im Sommer 1953 und der ersten Raketendrohung, die die Sowjetunion im Herbst 1956 während des Suez-Abenteuers gegen Frankreich und England ausgesprochen hat, hat die Sowjetunion weitere technologische Fortschritte gemacht. Sie hat im Herbst 1957 zum ersten Mal einen Satelliten in den Weltraum geschickt und schien ab da dem Westen technologisch einige Schritte in diesem Bereich voraus

zu sein. Daraus hat sich natürlich der Versuch entwickelt, politisches Kapital zu schlagen. Das blieb sicher nicht ohne Rückwirkung auf die psychische Gesamtverfassung des „sozialistischen Lagers“ und seine Führung. Das zu den stabileren Elementen dieses Umfeldes, soweit es sich um die internationalen Beziehungen handelt.

Was die mehr labilen Elemente angeht, muß man noch einmal zurückgreifen auf die Wirkung der Chruschtschow-Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und auf diese damals beginnende erste Phase der Entstalinisierung. Hier hat es in der DDR zunächst mehr eine formale Distanzierung vom Personenkult und von den terroristischen Methoden Stalins gegeben, nicht von Stalins Ideologie und Politik.

Auf der dritten Parteikonferenz der SED im März 1956 hat Schirdewan, damals noch zweiter Mann hinter Ulbricht, die bisherigen Anschauungen bei der Würdigung Stalins einer Revision unterzogen, allerdings nur in der Überschrift, nicht im Detail, hat aber gleichzeitig gesagt, die Rolle der „kämpferprobten Führer“ dürfe nicht attackiert werden. Dadurch hat er die Kritik, die natürlich auch an Ulbricht laut geworden war, versucht zurückzudrängen.

Im Sommer 1956 hat es dann, insbesondere bei der Intelligenz, die Forderung nach freimütiger Diskussion gegeben. Das wurde dann auch bei der Sitzung des Zentralkomitees deutlich. Es hat u. a. die Forderung gegeben, die Einmischung des SED-Apparates in wissenschaftliche Fragen künftig zu verhindern und den Marxismus von stalinistischen Verfälschungen zu reinigen. Gleichzeitig wurden innerparteiliche Gegner Ulbrichts, wie Dahlem, Ackermann, Jendretzky, Elli Schmidt, rehabilitiert. Max Fechner, der frühere Justizminister, dem ja vorgeworfen worden war, konterrevolutionäre Bestrebungen unterstützt zu haben, insbesondere die Sozialdemokratisierung des Rechts, wurde wieder freigelassen. Ebenso Paul Merker.

Zum ersten Mal sind in diesem Sommer 1956 auch Probleme der Rechtsicherheit in größerem Umfang thematisiert worden. Die SED gestand ein, daß zahlreiche Urteile in der Vergangenheit im Strafmaß zu hoch gewesen seien, Verhaftungen oft übereilt erfolgt seien. Rechte der Verteidiger sollten künftig erweitert werden, Staatsorgane überprüften zahlreiche Urteile. Im Juni 1956 sind 11.000 Personen, davon 600 Sozialdemokraten, amnestiert worden. Bis Oktober 1956 waren insgesamt 21.000 Häftlinge entlassen worden.

Im Zusammenhang mit der Bewegung in Ungarn begann allerdings schon im Oktober eine neue Verhaftungswelle und gerade das Ende der Bewegung in Ungarn, die Niederschlagung des Aufstandes hatte natürlich Ulbricht und seinem Anhang erheblich Oberwasser gegeben. Vor allem gegen Studenten und Anti-Stalinistische Gruppen innerhalb der SED wurde vorgegangen.

Im Dezember 1956 wurde die Verhaftung der „staatsfeindlichen Gruppe“ um Wolfgang Harich, Steinberger und Hartwig bekanntgegeben, gegen die

dann im März 1957 ein Prozeß geführt worden ist, dem im Juli 1957 der Prozeß gegen Janka, Just, Zöge und Wolf folgte. Beide endeten mit erheblichen Zuchthausstrafen. Auf diese Weise wurde die Fehlerdiskussion, wie sie verkürzend genannt wurde, niedergewalzt.

Innerhalb des Zentralkomitees bzw. Politbüros wurde die Oppositionsgruppe um Schirdewan, Wollweber und Ziller, den sich der aus wirtschaftspolitischen Fragestellungen heraus Oelssner und Zeltner angeschlossen hatten, isoliert. Oelssner war z. B. orientiert an der Einzelbauernwirtschaft und war jedenfalls Gegner einer übereilten Kollektivierung. Diese Gruppierung ist schon im Winter 1957 entscheidend geschwächt worden und nach der Weltkonferenz der kommunistischen Parteien im November 1957, die sich sehr scharf gegen den Revisionismus, etwa von Nagy in Ungarn und anderen kommunistischen Reformgruppen in Osteuropa gewandt hat, ist diese Oppositionsgruppe in die Defensive gekommen und schließlich im Februar 1958 abgelöst worden. Schirdewan, Oelssner und Wollweber sind aus dem ZK ausgeschlossen worden. Oelssner aus dem Politbüro. Ziller hat schon im Dezember 1957 Selbstmord begangen. Die SED-Mitgliedschaft wurde darauf eingeschworen, die Schirdewan-Gruppe öffentlich zu ächten, ohne daß in irgendeiner Weise öffentlich die Position dieser Gruppe diskutiert worden war.

Schon vorher, im Dezember 1957, wurde durch ein von der Volkskammer beschlossenes Gesetz das Strafgesetzbuch ergänzt, rechtliche Instrumente zur Verfolgung politischer Gegner wurden erheblich erweitert. Bisher gab es ja wesentlich nur den Artikel 6 der Verfassung von 1949, der insbesondere Boykotthetze, ein Begriff, den die Nazis geprägt hatten, aber auch Kriegshetze, Völker-, Glaubens-, Rassenhetze, Mordhetze gegen demokratische Politiker, wie es genannt wurde, unter Strafe stellte.

Es wurden neue Tatbestände geschaffen: Staatsverrat, Spionage, Diversion, Sammlung von Nachrichten, Verbindungen zu anderen Staaten und ihren Vertretern oder Gruppen, die einen Kampf gegen die Arbeiter- und Bauernmacht führen. D.h. jede Verbindung zu nicht kommunistischen Organisationen wurde mit Gefängnisstrafe von 3 Jahren und mehr bedroht, in schweren Fällen drohte die Todesstrafe. Mit Straftatbeständen wie staatsgefährdender Propaganda und Hetze sowie Staatsverleumdung wurde selbst das Erzählen von Witzen bestraft. Ebenso wurde das Verleiten zum Verlassen der DDR unter Strafe gestellt. Das war die eine Seite.

Auf der anderen Seite muß man – wenn man die wirtschaftliche Lage der Jahre 1957/58 betrachtet, sehen, daß es zum ersten Mal so etwas wie erhebliches Wachstum in der Wirtschaft gegeben hat, soweit es die offiziellen Zahlen ausweisen. 1957 gab es ein Wirtschaftswachstum von 8 %, im ersten Halbjahr von 1958 ein Wirtschaftswachstum von 12 % und es schien so, als hätten sich größere Teile der Bevölkerung, insbesondere auch in der Arbeiterschaft, mit dem SED-Staat zu arrangieren begonnen.

Zum ersten Mal sanken in diesem ersten Halbjahr 1958, auch gemessen an den früheren Jahren, die Flüchtlingszahlen. Jedenfalls hielt diese Situation an bis in den Sommer 1958, als der 5. Parteitag beschlossen hatte, in einem sehr risikoreichen und schließlich fehlgeschlagenen Programm die Bundesrepublik bis 1961 im Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung, im Bereich aller wichtigen Lebensmittel und Konsumgüter einzuholen und zu überholen.

Die polytechnische Schulreform, die seit 1956 im Mittelpunkt der Veränderung des Bildungswesens stand, sollte durch die sozialistische Universität ergänzt werden. Die dritte Hochschulkonferenz der SED von Ende Februar/Anfang März 1958 forderte, die wissenschaftliche Ausbildung eng mit der Praxis in Industrie und Landwirtschaft zu verbinden. Studenten sollten zu hochqualifizierten Fachleuten und bewußten Sozialisten erzogen werden. Der Anteil der Bevölkerung mit wissenschaftlicher Ausbildung begann erheblich zu wachsen. 1959/60 gab es neben 100.000 Hochschulstudenten 128.000 Fachschulstudenten. Das waren insgesamt 20 % der Jahrgänge. Auch deshalb wuchs natürlich das Interesse der SED-Führung, Parteilichkeit, d. h. Gefolgschaftstreue gegenüber der führenden Partei und ihrer Ideologie, nicht nur von Studenten, sondern auch von Hochschullehrern, den Wissenschaftlern in jedem Bereich, immer stärker einzufordern. Damit ist zunächst ein Teil des historischen Umfeldes der Babelsberger Konferenz ausreichend beleuchtet.

Aber genügt diese Frage, genügt es, auf diese Weise die Frage nach Herrschaftsintensivierung, bei teilweiser Verrechtlichung gesellschaftlicher Beziehungen so zu beantworten, daß dies als notwendiger Teil einer immanenten Entwicklung gedeutet wird? Wie steht es mit anderen Elementen?

Hier meine ich, muß man noch einmal mit großer Sorgfalt die Rede von Ulbricht lesen, die nicht nur von Polak entworfen worden ist, der sicherlich wesentlich das Material, soweit es sich auf das Rechtssystem und auf die Staatsrechtsdiskussion in diesem verengten Sinn beschränkte, ausgearbeitet hat, sondern in der natürlich die Ulbrichtschen Prägungen sehr stark gewesen sind.

Hier meine ich sogar, daß es sich nicht nur um ein zusätzliches Element handelt, sondern um ein dominierendes Moment, nämlich den deutschlandpolitischen Anspruch, der schon in der Überschrift deutlich wird. Es geht nämlich um die Staatslehre des Marxismus/Leninismus und ihre Anwendung in Deutschland. Nicht nur in der DDR. Es geht zunächst im Kapitel II um die Staatsfrage in Deutschland nach 1945. Es geht dann um die DDR als den rechtmäßigen deutschen Staat. Die Bundesrepublik ist nicht souverän, ist nur eine „Agentur des Imperialismus“.

Die völkerrechtliche Anerkennung und die Möglichkeit einer Doppelherrschaft war sicher auch Beweggrund für den Vorstoß, den Ulbricht im Januar 1957 öffentlich gemacht hat und der von Grotewohl im Juni 1957 auch international vorgetragen worden ist: Der Konföderationsvorschlag. Er machte deutlich,

daß die DDR-Regierung auch hier wieder versuchte, Punkte zu machen, nachdem sie sicher war, daß die sowjetische Seite hier folgen würde, die ja 1955 nach der Genfer Konferenz durch Chruschtschow und Bulganin in Ostberlin erklärt hatte, daß von jetzt an von der Zwei-Staaten-Theorie ausgegangen werden müsse. Die Gefahr, daß die sowjetische Seite noch einmal freie Wahlen vorschlagen würde, war also beseitigt.

Was die DDR-Führung auch ein Stück sicherer machte, war das Interesse von Mitgliedern des Zweiten Kabinetts Adenauers, nämlich des CDU-Finanzministers Schaeffer, der sich in mehreren Gesprächen im Herbst 1956 und dann noch einmal zu Anfang 1957 mit Vertretern der DDR getroffen hat. Dies war sicherlich im Hinblick auf eine für sie eher günstig eingeschätzte Situation von der SED-Führung toleriert worden.

Wenn man gerade diesen Aspekt noch einmal etwas stärker beleuchtet, wird deutlich, daß auch in der Kampagne gegen den Atomtod und in der politischen Bewegung, die in der Bundesrepublik seit Sommer 1957 und vor allen Dingen im Winter und Frühjahr 1958 eingetreten war, ein Element gesehen wurde, das die SED-Führung als günstig im Sinne ihrer Vereinigungspolitik ansah. Sicherlich waren damit auch erhebliche Illusionen verbunden, aber dies muß man mit einbeziehen, wenn man ihre Wahrnehmung um diese Zeit wirklich realistisch beschreiben will.

Weil dies so war, kann man nicht einfach nur von weiterer Herrschaftssicherung sprechen oder von einer Benutzung des Staatsrechts bzw. des Rechtssystems insgesamt als Instrument der sozialen Umgestaltung durch qualifizierte Staatsfunktionäre.

Vielmehr soll drittes und zentrales Element immer sein der Anspruch auf ein vereintes Deutschland, das kommunistisch geprägt werden sollte. Deswegen war Ulbricht ja auch in seiner Einführungsrede so rabiät gegen die nur formale Behandlung der Volkskammer als Machtorgan und stellte dem die Berücksichtigung der führenden Rolle der SED und der Leitideologie des Marxismus-Leninismus gegenüber.

Man muß wissen, daß in der DDR-Verfassung von 1949 eben diese führende Rolle der SED noch nicht enthalten war, sondern erst in die Verfassung von 1968 aufgenommen worden ist. Das galt auch für die begleitende Rolle des Demokratischen Blocks bzw. der Nationalen Front. D.h., die SED konnte sich nicht in jeder Phase einer künftigen Bewegung in Richtung auf Wiedervereinigung der Blockparteien gewiß sein, obwohl diese Blockparteien jedes Jahr auf ihren Parteitag und in sonstigen Erklärungen ihre Ergebenheit gegenüber der SED und ihrer Ideologie beteuert hatten. Deshalb auch in Ulbrichts Rede die strikte Verurteilung jener Tendenzen, ein eigenständiges Verwaltungsrecht zu etablieren.

Ganz klar, die Betonung der Einheit von Beschlußfassung und Durchführung, die Verwaltungstätigkeit als unmittelbar staatliche Tätigkeit, also als unmit-

telbare politische Herrschaftsausübung, wurde von ihm betont. Insoweit kam von ihm während dieser Konferenz auch in Zwischenrufen immer wieder die denunziatorische Anklage gegen Klenner und andere, die Anleihen bei ausländischen Revisionisten gemacht hätten, direkt dann der Vorwurf, Sympathisant von Nagy zu sein, der ja wenige Wochen vorher umgebracht worden war und auch der dann von mehreren Konferenzteilnehmern geäußerte Vorwurf des Vertretens von Spontaneität. Dahinter steckte natürlich ein besonderer Vorwurf, der des Luxemburgismus. Das wurde öffentlich so nicht ausgesprochen, weil natürlich Rosa Luxemburg als Märtyrerin des Sozialismus galt, die man nicht direkt angriff, aber jeder wußte, wenn der Begriff Spontaneität fiel, dann war klar, daß damit natürlich die Furcht vor spontanen Bewegungen der Arbeiterschaft, die sich möglicherweise sogar gegen die führende Rolle der Partei wenden wird, gemeint war. Und daneben auch der Vorwurf des Kosmopolitismus, also Vorwürfe, die gegen Slansky und andere in der Tschechoslowakei, in Ungarn erhoben worden sind.

Ich komme zu meinen Schlußbemerkungen. Die Überwindung der bürgerlichen, d. h. rechtsstaatlichen Überzeugung, Staats- und Rechtswissenschaft als Mittel zum Zweck, wobei die Zwecke eben nicht nur Herrschaftssicherung waren und Herrschaftsintensivierung, sondern in längerer Perspektive eben auch die Chance der Ausdehnung der Herrschaft auf ganz Deutschland, das war im Grunde das Hauptziel dieser Konferenz, soweit sie sich bei Ulbricht artikuliert hat. Der Hauptvorwurf an die kritisierten Rechtswissenschaftler konzentrierte sich auf die Machtfrage, die in ihrer Dreifaltigkeit zu erkennen war: Herrschaftssicherung, Herrschaftsintensivierung und Herrschaftsausdehnung.

Zum Ende noch ein Zitat aus dem Schlußwort von Ulbricht, worin dies noch einmal deutlich wird: „Einer der Gründe, warum bei manchen Genossen Staats- und Rechtswissenschaftlern Unklarheiten bestanden, warum sie so stark unter den Einfluß der bürgerlichen Ideologien, der bürgerlichen Jurisprudenz gekommen sind, hängt mit den Fragen der Perspektive der Entwicklung in Deutschland zusammen. Es ist kein Zufall, daß zu der Zeit, in der Unklarheiten über die weitere Entwicklung in Deutschland vorhanden waren, wir bestimmte Fragen nicht bis zu Ende beantwortet haben, manche Leute so spekulierten: Was wird das für ein Deutschland sein, das später einmal zustande kommt? Als wir im Jahre 1952 (wir, das war die Sowjetunion) den Vorschlag über den Abschluß eines Friedensvertrages und die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen machten, zogen eine Reihe Staats- und Rechtswissenschaftler die formale Schlußfolgerung, daß das einige Deutschland ein bürgerliches Deutschland sein werde. Das war aber eine falsche Rechnung.“ Und am Schluß sagt er noch einmal: „Wir können doch nicht erwarten, daß ein Mittelbauer in die LPG eintritt“ (und es begann ja dann ab 1958/59 immer stärker die Kampagne,

es waren damals noch 2/3 Einzelbauern) „wenn er nicht weiß, ob er ein kapitalistisches oder ein sozialistisches Deutschland erleben wird.“

Er stellt dort die Frage nach der Perspektive als erste Frage. Mit diesem Aspekt wollte ich das, was die Vorredner gesagt haben, ergänzen. Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herr Kollege Soell, herzlichen Dank für Ihre zusätzlichen Informationen. Wir kommen jetzt zur Frage-, Anhörungs- und Diskussionsrunde. Es gibt erste Meldungen dazu und in Abstimmung haben wir geklärt, daß Herr Professor Schroeder diese Runde leitet. Bitte, Herr Professor.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder:** Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß wir Ihnen mit diesem Programm gezeigt haben, welcher Sprengstoff in der Babelsberger Konferenz steckt. Es war sehr vorteilhaft, daß diese Darstellung nicht konform und langweilig verlief, sondern daß sich durchaus schon handfeste Widersprüche gezeigt haben. Ich nehme an, daß das in der Diskussion sich auch noch weiterentwickeln wird. Die Diskussion steht, wie Sie wissen, an sich nur Mitgliedern der Enquete-Kommission offen. Wir haben uns aber dazu entschlossen, ausnahmsweise Herrn Heuer Gelegenheit zu einer Darstellung seiner Sicht der Ereignisse zu geben, weil er gewissermaßen Zeitzeuge war. Darf ich Sie bitten, die Diskussion mit Ihrem Beitrag zu eröffnen.

**Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer, MdB:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Gäste, liebe Freunde. Ich befinde mich in einer besonderen Situation. Es gab Irritationen, wenn ich so sagen möchte, aber die Frage, an welcher Stelle ich eingeordnet werde, ist für mich nicht bedeutsam. Ich spreche auch und wie Herr Klenner als Zeitzeuge.

Ich teile die Auffassung, daß man die Dinge im Zusammenhang mit dem XX. Parteitag sehen muß. Er war damals für mich und für viele meiner Generation eine wirkliche geistige Wende. Übrigens muß ich Herrn Eckert insofern korrigieren: Wir wurden informiert, es wurde uns das berühmte Referat von Chruschtschow vorgelesen. Allerdings muß ich auch sagen, daß ich meine Mitschrift des Referates im Jahre 1958 vernichtet habe.

Und zwar in einem Gefühl für die damalige Atmosphäre. Nein, Sie müssen nicht lachen. Das war eine ernste Situation. Wir empfanden diese Ereignisse als sehr bedrohlich, die 1958 heraufzogen. Ich kann mich auch nur deshalb daran erinnern, weil ich damals diese Mitschrift vernichtet habe. Bei aller Erschütterung durch die aufgedeckten Verbrechen war für mich und auch für viele andere die Hauptfrage, die Möglichkeit, jetzt Tabus zu überwinden, ungehindert über die Probleme unserer Gesellschaft nachzudenken und zu sprechen. Damals habe ich diese Diskussion ohne unmittelbare politische Absichten und auch ohne Einsichten in die politischen Gefahren, die dieser